

MÜNDLICHE ANFRAGE MIT AUSSPRACHE O-0023/04

gemäß Artikel 42 der Geschäftsordnung

von Emilio Menéndez del Valle, Pasqualina Napoletano, Jannis Sakellariou und Johannes Swoboda
im Namen der PSE-Fraktion

an die Kommission

Betrifft: Gemeinsame Initiative für Frieden, Stabilität und Demokratie in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens

Europäische und US-amerikanische Vertreter haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die Lage in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens namentlich nach dem Irakkrieg, dem laufenden israelisch-palästinensischen Konflikt und den durch religiöse, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren hervorgerufenen Spannungen einen breiteren Ansatz erfordert.

Es gibt zwar verschiedene Sichtweisen der Probleme und es werden auch unterschiedliche Lösungen angestrebt, einig sind sich jedoch alle Seiten darin, dass dieser Status quo nicht länger hinzunehmen ist.

In diesem Rahmen wäre es ratsam, einen Prozess einzuleiten, an dem sich die EU, die NATO, die Arabische Liga und alle anderen Staaten der Region beteiligen sollten, um, wie der deutsche Außenminister Joschka Fischer angeregt hat, eine „Erklärung für eine gemeinsame Zukunft“ zu erreichen, „die die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens anspricht“.

Eine solche Initiative ließe sich durch einen oder mehrere Verträge auf der Grundlage von Frieden und Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Achtung der Menschenrechte, Demokratie und wirtschaftlicher Zusammenarbeit konkretisieren.

Die EU verfügt durch den Barcelona-Prozess und andere Kooperationsvereinbarungen mit Ländern der Region des Nahen und Mittleren Ostens sowie ihre Strategie „Größeres Europa“ mit ihren östlichen und südlichen Nachbarn über ein breites Spektrum an Instrumenten, um ihre Bemühungen in diesem Zusammenhang neu anzukurbeln. Auch die NATO ist in der Lage, sich über ihre Partnerschaftsabkommen mit einigen Staaten des Mittelmeerraums an einer solchen Initiative zu beteiligen.

Wie beurteilt die Kommission diese Vorschläge?

Welchen Beitrag könnte die Kommission im Zusammenhang mit einer solchen Initiative in Form konkreter Programme und Projekte in den Bereichen der kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit leisten? Kann die Kommission eine Bewertung der in diesem Zusammenhang relevanten Aspekte ihrer Strategie „Größeres Europa – Nachbarschaft“ vorlegen?

Eingang: 04.03.2004

Weiterleitung: 08.03.2004

Fristablauf: 15.03.2004